Fraktion DIE LINKE im Kreistag Vorpommern-Greifswald
Am Markt 8
17309 Pasewalk
E-Mail: linksfraktion-vg@web.de
Telefon / Fax: 03973 / 210564
Geschäftsführer: Daniel Staufenbiel
Telefon: 0173 / 7607002
Internet: **www.die-linke-kreistag-vorpommern-greifswald.de**

Anklam, der 27.01.2015

DIE LINKE.
FRAKTION IM KREISTAG
VORPOMMERN - GREIFSWALD

Antrag für den Kreistag am 23.02.2015 in Greifswald -

Beitritt zum Kaiserslauterer Appell an Bund und Länder zur Schaffung eines gerechten Gemeindefinanzsystems

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Landkreis Vorpommern-Greifswald schließt sich dem Kaiserslauterer Appell an Bund und Länder zur Schaffung eines gerechten Gemeindefinanzsystems (siehe Anlage!) an.

2. Die Landrätin wird beauftragt, den Beitritt des Landkreises zum genannten Appell gegenüber dem Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“ als dem Initiator des Appells zu erklären (Sprecher/in: Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld, SPD, Mühlheim; Oberbürgermeister Peter Jung, CDU, Wuppertal).

3. Die Landrätin wird aufgefordert, die Landesregierung-, das Ministerium für Sport und Inneres-, den Landkreistag- sowie den Städte- und Gemeindetag- von Mecklenburg-Vorpommern über den Beitritt des Landkreises zum Appell zu informieren.

Sachdarstellung/Begründung

Die Haushaltslage sehr vieler Kommunen ist ohne eigenes Verschulden besorgniserregend und nimmt weiter an Schärfe zu. Dazu gehört auch der Landkreis Vorpommern-Greifswald mit seinen Städten und Gemeinden. Die Ursache liegt insbesondere an zusätzlichen Aufgaben, die Bund und Land den Kommunen übertragen (Subsidiaritätsprinzip). Die zu ihrer Realisierung erforderlichen Finanzleistungen werden von den Kommunen abverlangt, wozu sie aber nur schwer oder gar nicht in der Lage sind. Es sei denn, dass sie umfangreiche Kürzungsmaßnahmen und/oder Gebührenerhöhungen vornehmen. Beides geht zu Lasten der Einwohner/innen und des gesellschaftlichen Lebens. Beide Maßnahmen führen schon seit langer Zeit nicht dazu, einem Haushaltsausgleich auch nur nahe zu kommen. Vielmehr ist der Landkreis gezwungen, Kassenkredite als letzte Möglichkeit zu nutzen, um notwendige Maßnahmen finanziell begleichen

zu können. Auch ein weiteres Einschmelzen „freiwilliger“ Leistungen wird nicht zu einer grundsätzlichen Änderung der Lage führen.
Deshalb sollte der Landkreis die Möglichkeit nutzen, sich dem parteiübergreifenden Kaiserslauterer Appell anzuschließen. Im Kern geht es um ein gerechtes Gemeindefinanzsystem, zu dem noch in dieser Legislaturperiode eine Weichenstellung von Bund und Ländern eingefordert wird (angemessene Finanzausstattung, Landeshilfen zum Haushaltsausgleich, eine Teilentlastung von Zins- und Tilgungsleistungen und einiges mehr)!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Peeger

i.A. Daniel Staufenbiel